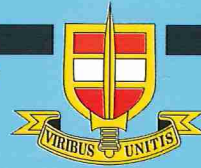


IFK aktuell

März 2007

I/07 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT
DER LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN



Aus dem Inhalt

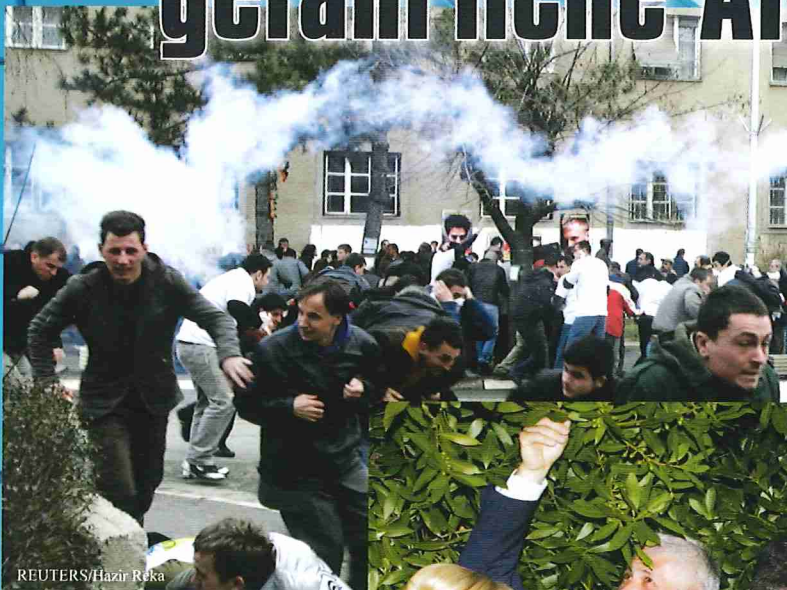
Friedliche Trennung
Montenegros von Serbien ...

Überwachte Unabhängigkeit
für den Kosovo

Regionale Auswirkungen der
Kosovolösung

Integrationschance für
„unvollkommene“ Balkan-
Staaten

Der Westbalkan - gefährliche Altlasten und neue Chancen



REUTERS/Hazir Reka



REUTERS/Hazir Reka

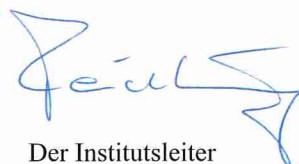


Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



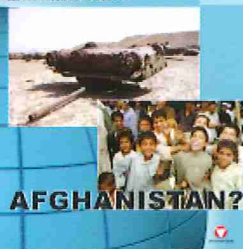
Der Institutsleiter
Dr. Walter FEICHTINGER
Brigadier

Inhaltsverzeichnis

Friedliche Trennung Montenegros von Serbien...	Seite 1
...jedoch schwierige Identitätsfindung	Seite 2
Überwachte Unabhängigkeit für den Kosovo	Seite 2
Autonomie für die Kosovo-Serben	Seite 3
Zukünftige internationale Präsenz	Seite 5
"Pragmatische" bis radikale Ablehnung in Serbien	Seite 5
Geplante Gegenmaßnahmen radikaler Kosovo-Serben	Seite 6
Zustimmende bis ablehnende Haltung bei den Kosovo-Albanern	Seite 6
Zentrale Rolle des UNO-Sicherheitsrates	Seite 7
Notwendigkeit der serbisch-albanischen Annäherung	Seite 7
Regionale Auswirkungen der Kosovolösung	Seite 7
Mehr Stabilität für Mazedonien	Seite 10
Unsicherheit in Bosnien und Herzegowina	Seite 11
Integrationschance für „unvollkommene“ Balkan-Staaten	Seite 13
The Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement	Seite 14

IFK aktuell

Zukunft für...



AFGHANISTAN?

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 verschwand Afghanistan weitgehend aus den Medien. Über den Bürgerkrieg und die Herrschaft der Taliban wurde nur sporadisch berichtet. Auch nach der US-geführten militärischen Intervention herrscht im Land nur ein unsicherer Frieden.

IFK aktuell

TERRORISMUS



Geißel des 21. Jahrhunderts

Wir werden von einer neuen Form des Terrorismus bedroht - er ist global, kompromisslos und gewalttätiger als alles, was wir diesbezüglich bisher kannten. Die Broschüre untersucht dieses Phänomen.

IFK aktuell

IRAK 2006



Normalisierung oder Bürgerkrieg?

Drei Jahr nach offizieller Beendigung des US-Feldzuges gegen den Irak steht das Land auf der „Kippe“. Diese Broschüre analysiert aktuelle politische Entwicklungen im Zweistromland.

Der Westbalkan befindet sich in der entscheidenden Phase der Stabilisierung: Neue Staaten entstehen, Friedensprozesse müssen gefestigt und die Annäherung der Westbalkanländer an die EU vorangetrieben werden. Von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Konfliktbewältigung in der Region ist die Kosovofrage. Sie hat durch den teilweise veröffentlichten Plan des UNO-Vermittlers Martti Ahtisaari über den zukünftigen Status der Krisenprovinz einen entscheidenden Impuls erhalten. Eine tragfähige Lösung für die Kosovofrage stellt eine Grundvoraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Südosteuropa dar. Andernfalls bleibt der Balkan ein potenzielles „Pulverfass“.

Friedliche Trennung Montenegros von Serbien...

Schon vor der Veröffentlichung des Ahtisaari-Plans erhielt der Prozess der Staatenbildung auf dem Westbalkan durch die Ausrufung eines unabhängigen Staates Montenegro eine neue Dynamik. Nachdem sich bei einem Referendum im Mai 2006 55,5% der Wähler für die Eigenständigkeit ihres Landes ausgesprochen hatten, erklärte das montenegrinische Parlament die frühere jugoslawische Teilrepublik am 3. Juni formell für unabhängig. Die Föderation Serbien und Montenegro hörte damit auf zu existieren. Das „Land der schwarzen Berge“ ist zum zweiten Mal in seiner Geschichte unabhängig. Der erste montenegrinische Staat wurde nach dem Berliner Kongress im Jahr 1878 ausgerufen. 1918 wurde Montenegro Teil des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“, des späteren Vielvölkerstaates Jugoslawien.

Als das 1945 gegründete kommunistische Jugoslawien 1991 zerfiel, hatten sich die damalige montenegrinische Regierung und die Mehrheit der Montenegriner noch für einen gemeinsamen Staat mit Serbien ausgesprochen, der zunächst Bundesrepublik Jugoslawien hieß. Wegen des autoritären Herrschaftsstils des früheren (rest-)jugoslawischen und serbischen Präsidenten Slobodan Milošević sowie seines politischen Konfrontationskurses gegenüber den westlichen Staaten kam es Ende der neunziger Jahre zum Bruch mit der montenegrinischen Führung. Milo Djukanović, der zuerst als Präsident und später als Premier bis Ende 2006 die Geschichte des Balkanlandes lenkte, stand an der Spitze der montenegrinischen Unabhängigkeitsbewegung. Sie wurde während der Herrschaft Miloševićs vom Westen und insbesondere von den USA einerseits als „demokratische Gegenkraft“ zum Autokraten in Belgrad unterstützt. Andererseits befürchteten westliche Politiker einen serbischen Militärschlag zur Niederschlagung der montenegrinischen Unabhängigkeitsbewegung.

Dazu kam es aber nicht. Stattdessen wurde Milošević im Oktober 2000 durch eine friedliche Revolution in

Belgrad gestürzt. Für die EU war mit der „demokratischen Wende“ in Serbien der Hauptgrund für den montenegrinischen Unabhängigkeitswunsch weggefallen. Sie übte deshalb im März 2002 Druck auf die beiden Teilrepubliken aus, ein Abkommen zu unterzeichnen, das die gemeinsame Föderation retten sollte. Der in „Serbien und Montenegro“ umbenannte gemeinsame Staat erhielt eine neue Verfassung, die im Februar 2003 in Kraft trat und nur wenige gemeinsame Angelegenheiten vorsah. Dazu gehörten vor allem die Verteidigung sowie die Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Dennoch gelang es nicht, den gemeinsamen Staat mit Leben zu erfüllen; zu weit hatten sich die beiden Republiken schon politisch und wirtschaftlich auseinander entwickelt. Die montenegrinische Regierung argumentierte, dass sich das mit 620.000 Einwohnern im Vergleich zu Serbien (7,5 Mio.) viel kleinere Montenegro nur dann wirtschaftlich gut entwickeln könne, wenn es sich aus der Umklammerung des „großen Bruders“ löst. Außerdem wählte sich ein Teil der Montenegriner auch nach dem Sturz von Milošević in politischer Geiselhaft Serbiens. Die Belgrader Führung wurde wegen des ungelösten Kosovoproblems und ihrer Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia* (ICTY) als ein Bremsklotz in der Annäherung Montenegros an die EU und NATO gesehen.

Politische Beobachter befürchteten, dass sich die Spannungen zwischen Befürwortern und Gegnern der montenegrinischen Eigenstaatlichkeit gewaltsam entladen könnten. Dabei wurden auch Erinnerungen an den gewaltsamen Zerfall des kommunistischen Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre geweckt. Die Spaltung der Montenegriner in ein betont proserbisches (und gleichzeitig oft auch großserbisches) Lager einerseits und ein national-montenegrinisches (teilweise anti-serbisches) Lager andererseits ist bis in die Familien beobachtbar. Wegen der Pattsituation innerhalb der montenegrinischen Volksgruppe fiel den nationalen Minderheiten beim Unabhängigkeitsreferendum eine besondere Bedeutung zu. Dieser Umstand verstärkte radikale Tendenzen im proserbischen Lager. Gemäß der letzten montenegrinischen Volkszählung aus dem

Jahre 2003 sind von der montenegrinischen Gesamtbevölkerung 43% Montenegriner, 32% Serben, 7% Albaner, 12% südslawische Muslime und 1% Kroaten. Die kleineren nicht-montenegrinischen und nicht-serbischen Volksgruppen sahen ihre Rechte eher in einem selbstständigen Montenegro denn in der serbisch-montenegrinischen Föderation garantiert. Das macht sie für serbische Nationalisten und Anhänger des proserbischen Lagers in Montenegro zu „Feinden“.

Dass die Abspaltung des kleineren Föderationsgebietes von Serbien akzeptiert wurde und in Montenegro selbst zwar politische Spannungen, aber keine Gewalt hervorgerufen hat, ist auch und gerade der umsichtigen Vermittlerrolle der EU zuzuschreiben. Im Unterschied zum Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaates Anfang der neunziger Jahre, für den es in der Verfassung keine klaren Richtlinien gegeben hatte, wurden in der mit EU-Hilfe ausgearbeiteten Verfassung der Union Serbien und Montenegro aus dem Jahre 2003 entsprechende Vorkehrungen für die mögliche Abspaltung eines Staatsteils getroffen. Die EU unterstützte die beiden miteinander verfeindeten montenegrinischen Lager auch bei der Vorbereitung und Durchführung

des Referendums, wodurch die allgemeine Akzeptanz des Ergebnisses gesichert wurde.

...jedoch schwierige Identitätsfindung

Trotz der friedlichen Trennung von Serbien hat Montenegro seine innere Balance noch nicht gefunden. Das proserbische Lager kann die Auflösung des gemeinsamen Staates mit Serbien nur schwer verwinden und stempelt die nationalen Minderheiten zu Sündenböcken. Die schwierige Identitätsfindung der Montenegriner zeigt sich auch am „Kirchenstreit“: Für das proserbische Lager ist es nicht akzeptabel, dass die Regierung die montenegrinisch-orthodoxe Kirche mit der bisher auch in Montenegro dominierenden serbisch-orthodoxen Kirche gleichstellen will. Für das montenegrinisch-nationale Lager wiederum sind die Vertreter der serbisch-orthodoxen Kirche in Montenegro nationalistische Scharfmacher, die gemeinsam mit serbischen Nationalisten aus Serbien und Montenegro den jungen Staat destabilisieren wollen.

Ungeachtet der gegenseitigen Vorwürfe ist unbestritten, dass Montenegros Zukunft als politisch stabiler und ökonomisch prosperierender Staat nicht nur von seinen Fortschritten im EU-Integrationsprozess, sondern teilweise auch von guten Beziehungen zum Nachbarn Serbien abhängt. Letzteres ist nur dann möglich, wenn sich in Serbien selbst die demokratischen Strukturen verfestigen. Die seit dem Sturz von Milošević wohl größte Bewährungsprobe für die junge Demokratie Serbiens ist ihr Umgang mit der Kosovofrage. Diese ist mit der Veröffentlichung des Ahtisaari-Plans möglicherweise in ihre Entscheidungsphase eingetreten.



REUTERS/Stevo Vasiljevic

Montenegro hat im Juni 2006 seine staatliche Unabhängigkeit proklamiert und wurde als 192. Staat in die UNO aufgenommen.

Überwachte Unabhängigkeit für den Kosovo

Erst wenn der „gordische Knoten“ Kosovo durchschlagen oder zumindest sichtbar aufgelockert wird, kann es einen stabilen Frieden in Südosteuropa geben. Diese Meinung vertreten nicht nur Balkanexperten. Auch die Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft sind nach fast acht Jahren UNO-Verwaltung zur Überzeugung gelangt, dass für den Kosovo eine dauerhafte politische Lösung gefunden werden muss. Die meisten EU-Staaten sowie die USA sehen im Ahtisaari-Plan, der Anfang Februar den Regierungen in Belgrad und in Prishtinë/Priština übergeben wurde, eine gute Grundlage für die Lösung des Kosovoproblems. Der

KFOR Multinational Task Forces

Gesamtstärke KFOR: 16.500 Soldaten
Gesamtstärke AUCON: ca. 560 Soldaten

Generalleutnant
Roland KATHER
Kommandant der
multinationalen Streitkräfte
KFOR

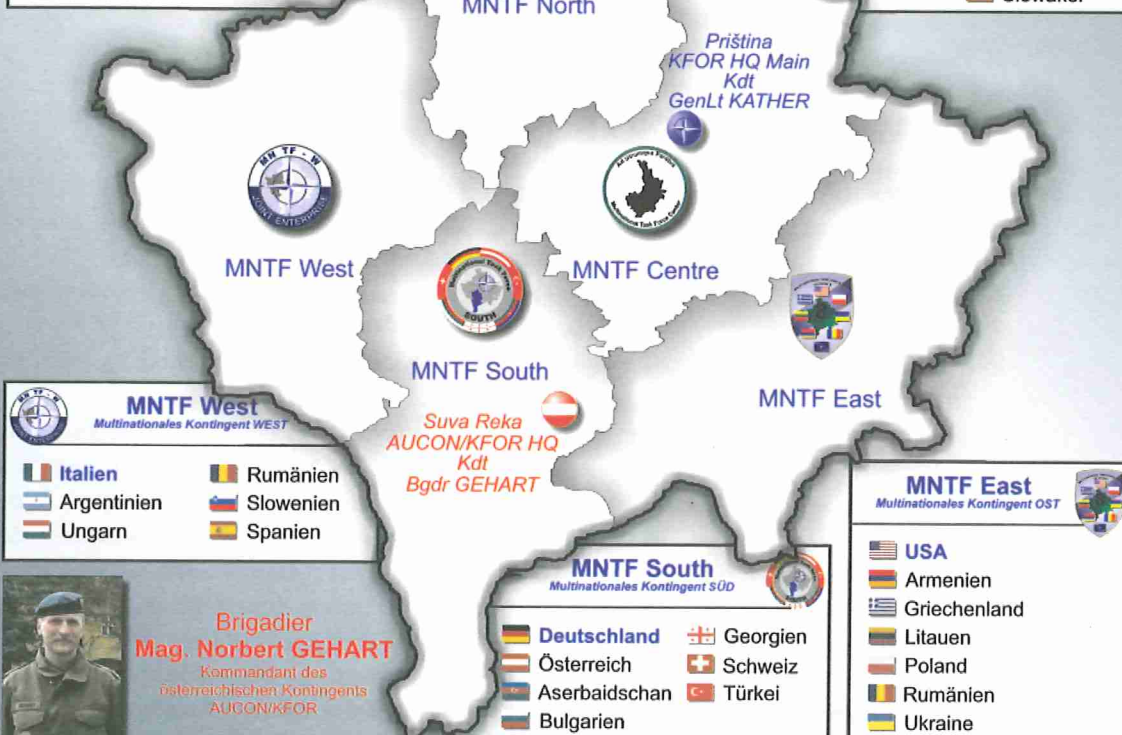


MNTF North
Multinationales Kontingent NORD

Frankreich	Lettland
Belgien	Luxemburg
Dänemark	Marokko
Griechenland	

MNTF Centre
Multinationales Kontingent MITTE

Schweden	Finnland
Tschechien	Irland
	Lettland
	Slowakei



Quelldaten: http://www.nato.int/kfor/multimedia/maps/respons_areas.pdf
Grafik: Mag. Wolfgang BRAUMANDL & Florian GABERSZIG

Kosovo-Plan läuft auf eine bedingte oder überwachte Unabhängigkeit für den Kosovo hinaus, obwohl dieser Schlüsselbegriff darin gar nicht vorkommt. Die kosovarische Regierung soll internationale Verträge abschließen und bei internationalen Organisationen um Mitgliedschaft ansuchen können – Rechte, die im Völkerrecht für souveräne Staaten vorgesehen sind. Ein weiterer klarer Hinweis, dass der Kosovo wahrscheinlich den Weg Richtung Unabhängigkeit beschreiten wird, ist die im Ahtisaari-Plan vorgesehene Schaffung eigener bewaffneter Sicherheitskräfte. Diese sollen de facto die Rolle einer Kosovo-Armee übernehmen. Die Kosovo Security Force (KSF) in der Stärke von 2.500

aktiven Sicherheitskräften und 800 Reservekräften soll innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Ahtisaari-Plans das bereits seit 1999 bestehende Kosovo Protection Corps (KPC) ablösen, das derzeit vor allem noch für Aufgaben des Katastrophenschutzes zuständig ist.

Autonomie für die Kosovo-Serben

Eines der Hauptziele des Ahtisaari-Plans ist die Erhaltung eines multiethnischen Kosovo. Dafür sind besondere Schutzmaßnahmen für die nicht-albanischen Gemeinschaften vorgesehen. Neben den Roma, Askali, Goranern, Bosniaken und Türken sind das insbesondere



die noch etwa 130.000 im Kosovo lebenden Serben. Sie bilden die größte nationale Minderheit im Kosovo, der nach Schätzungen eine Gesamtbevölkerung von etwa 1,9 Mio. und einen albanischen Bevölkerungsanteil von etwa 90% hat. Der Ahtisaari-Plan sieht kulturelle Autonomierechte für die nicht-albanischen Gemeinschaften, das Recht auf eigene nationale Symbole und eine repräsentative Vertretung der Minderheiten in den Institutionen des Kosovo vor. Die Kosovo-Serben sollen darüber hinaus in den Kommunen, in denen sie in der Mehrheit sind, durch Dezentralisierungsmaßnahmen umfassende Autonomierechte im Gesundheits- und Bildungsbereich erhalten und die lokalen Polizeikommandanten ernennen dürfen. Im Kosovo-Parlament sollen serbische Abgeordnete in den für sie vitalen Bereichen der Gesetzgebung über umfangreiche Vetorechte verfü-

gen. Zwischen den serbischen Kommunen im Kosovo selbst sowie zwischen den Kosovo-Serben und Institutionen in Serbien wird es gemäß dem Ahtisaari-Plan eine ungehinderte Zusammenarbeit geben können. Die finanzielle Unterstützung serbischer Einrichtungen im Kosovo durch die serbische Regierung ist erlaubt, solange sie transparent ist und unter Einbindung der Kosovo-Institutionen erfolgt. Im Ahtisaari-Plan sind ferner Vorkehrungen zum besonderen Schutz der religiösen Stätten der serbisch-orthodoxen Kirche sowie des serbischen kulturellen Erbes vorgesehen. Während der gewaltsamen Unruhen im März 2004 waren speziell serbisch-orthodoxe Klöster und Kirchen Angriffsziele albanischer Extremisten gewesen. Durch die Errichtung von mehr als 40 Schutzzonen soll die physische Sicherheit ausgewählter religiöser und kultureller Stät-

ten garantiert werden. Ein weiteres damit verbundenes Ziel ist die Verhinderung zu starker ökonomischer und industrieller Aktivitäten in diesen für die religiöse und kulturelle Identität der Serben wichtigen Gebieten.

Zukünftige internationale Präsenz

Zweifellos sind die Kosovo-Albaner ihrem Ziel, einen eigenen Staat zu gründen, durch den Ahtisaari-Plan bedeutend näher gekommen. Dieses möglicherweise „unabhängige Kosovo“ wird aber zumindest in den ersten Jahren seiner formalen Eigenständigkeit nur über eine eingeschränkte Souveränität verfügen. Die UNO-Übergangsverwaltung (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo/UNMIK) wird im Falle der Umsetzung des Plans zwar alle gesetzgebenden und exekutiven Kompetenzen an die Kosovo-Institutionen übergeben, ein internationaler ziviler Repräsentant wird aber Protektoratsvollmachten behalten, um die Durchführung des Abkommens überwachen zu können. Ahtisaari hat sich dabei am Modell von Bosnien und Herzegowina orientiert, wo der Hohe Repräsentant der Staatengemeinschaft staatliche Funktionäre absetzen und Gesetze ändern kann, falls eine Gefährdung des Daytoner Friedensabkommens von 1995 vorliegt.

Die EU würde die UNO im Kosovo als wichtigste internationale Organisation ablösen. Der internationale zivile Repräsentant wäre ein EU-Funktionär, der auch gleichzeitig als Spezieller Repräsentant der Union im Kosovo fungieren würde. Im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) bereitet sich die EU auf eine neue Kosovo-Mission zur Unterstützung der Kosovopolizei (Kosovo Police Service/KPS), der Rechtsinstanzen sowie der kosovarischen Zollbeamten vor. Die multinationale Friedenstruppe Kosovo Force (KFOR) wird auch weiterhin unter NATO-Kommando stehen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), die schon die UNO-Protektoratsverwaltung in den Bereichen Polizeiausbildung, Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte unterstützt hat, soll durch ihre Präsenz in sensiblen Zonen auch die neue EU-Mission bei der Umsetzung des Kosovo-Statusplans unterstützen.

Eine völkerrechtliche Voraussetzung für die Implementierung des Ahtisaari-Plans für eine überwachte Unabhängigkeit des Kosovo, mit serbischer Autonomie und teilweise veränderter internationaler Präsenz ist die Verabschiedung einer neuen Kosovo-Resolution im UNO-Sicherheitsrat. Diese würde die UNO-Resolution 1244 von Juni 1999 ersetzen, die den Kosovo noch als

Teil der nicht mehr bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien bezeichnete. Die Verabschiedung einer solchen neuen Resolution im UNO-Sicherheitsrat ist allerdings nur möglich, wenn China und Russland als ständige Mitglieder dieses Gremiums kein Veto einlegen. Zumindest Russland will kein Dokument unterstützen, das nicht auch die Zustimmung der serbischen Regierung findet.

„Pragmatische“ bis radikale Ablehnung in Serbien

Serbische und Kosovo-albanische Spitzenpolitiker reagierten erwartungsgemäß sehr unterschiedlich auf den Inhalt des Ahtisaari-Plans. In Belgrad stößt der auf die Unabhängigkeit des Kosovo hinauslaufende Plan auf einhellige Ablehnung der serbischen Regierung und des Staatspräsidenten Boris Tadić. Auf dem Territorium Serbiens, so heißt es, dürfe kein neuer albanischer Staat entstehen. Dazu beruft man sich in Belgrad auf die neue, im November 2006 beschlossene serbische Verfassung, die die Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien ausdrücklich betont. In einer Mitte Februar 2007 beschlossenen Resolution bekräftigte das serbische Parlament den bisherigen Kosovokurs der Regierung. Diese kann sich eine politische Lösung nur in Form einer umfassenden Autonomie für die Provinz innerhalb des serbischen Staates vorstellen. Trotz ihrer geschlossenen Ablehnung des Ahtisaari-Plans sind zwischen den serbischen Akteuren Nuancen feststellbar.

„Wir werden auf keinen Teil unseres Staates verzichten“

Der serbische Ministerpräsident Vojislav Koštunica nach Übergabe des Ahtisaari-Plans

Tadićs proeuropäische Demokratische Partei, die bei der serbischen Parlamentswahl im Jänner 2007 zur zweitstärksten politischen Kraft wurde, vertritt eine pragmatische Position. Sie setzt sich für eine enge Zusammenarbeit mit der westlichen Staatengemeinschaft in der Kosovofrage ein, selbst wenn die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo von den EU-Ländern anerkannt werden sollte. Im Gegensatz dazu droht der nationalkonservative Ministerpräsident Vojislav Koštunica Ländern, die bereit wären, Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Milošević-Sozialisten und die bei der Wahl wieder zur stärksten Einzelkraft gewählte Radikale Partei des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Vojislav Šešelj treten sogar dafür ein, dass

Der Ahtisaari-Kosovoplan

Albaner:

- Kosovo erhält Attribute eines unabhängigen Staates:
Recht auf internationale Abkommen und Beitritt zu internationalen Organisationen, eigene Sicherheitskräfte
- Übergabe der UNMIK-Kompetenzen an die Kosovo-Institutionen

Kosovo-Serben:

- Umfangreiche Autonomierechte
- Schutzzonen im Umfeld von serbisch-orthodoxen Klöstern
- Transparente Spezialbeziehungen zu Serbien möglich

Internationale Präsenz:

- EU-Mission mit Kontroll- und Sanktionsbefugnissen löst UNO-Mission ab
- Internationale Friedenstruppe weiterhin unter NATO-Kommando

Serbien notfalls auch mit militärischen Mitteln seinen Anspruch auf Kosovo durchsetzen soll. Der Entscheidungsdruck, der durch die Kosovoverhandlungen entstand, erschwert die Bildung einer neuen serbischen Regierung, die – geht es nach den Wünschen der EU – aus einer Koalition der proeuropäischen Parteien mit den gemäßigten Košunica-Nationalisten entstehen soll.

Geplante Gegenmaßnahmen radikaler Kosovo-Serben

Wenig überraschend stößt der Ahtisaari-Plan auch bei den Kosovo-Serben auf breite Ablehnung. Selbst gemäßigte Repräsentanten der Kosovo-Serben wie Oliver Ivanović sind unter dem Einfluss aus Belgrad nicht bereit, ihrer Bevölkerungsgruppe die für sie positiven Aspekte des Plans zu vermitteln. Radikale Politiker im serbisch dominierten Norden Kosovos drohen für den Fall, dass die Unabhängigkeit Kosovos international anerkannt werden sollte, erwartungsgemäß mit der Abspaltung der von ihnen kontrollierten Gebiete. Ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem internationalen Kosovo-Plan wollen sie durch Groß-

demonstrationen, die im Kosovo und in Serbien stattfinden sollen, Nachdruck verleihen. Es hängt sehr stark vom weiteren Verhalten Belgrads im Statusprozess ab, ob diese Protestkundgebungen friedlich oder gewaltsam verlaufen werden. Das Risiko gewaltsamer serbischer Ausschreitungen im Kosovo steigt, wenn Serbien vom UNO-Sicherheitsrat eine Kosovolösung aufgezwungen werden sollte. Vor allem die Bewohner der kleineren serbischen Enklaven südlich des Flusses Ibar würden wahrscheinlich wiederum zu den Hauptleidtragenden der sich gegenseitig aufschaukelnden Nationalismen der Serben und Albaner werden. Die KFOR, in der derzeitigen Stärke von 16.500 Soldaten, hat deshalb ihre Präsenz entlang der ethnischen Trennlinie im Norden Kosovos sowie in den als besonders gefährdet geltenden serbischen Enklaven verstärkt.

Zustimmende bis ablehnende Haltung bei den Kosovo-Albanern

Die Kosovo-Regierung begrüßt den Ahtisaari-Plan, der sie ihrem Hauptziel der staatlichen Unabhängigkeit näher gebracht hat. Die darin enthaltenen Konditionen und umfangreichen Rechte für die nicht-albanischen Gemeinschaften sowie die faktische Fortsetzung des Protektorats durch eine EU-Behörde wurden in der ersten Euphorie quasi unter den Teppich gekehrt. Sollte der Ahtisaari-Plan tatsächlich implementiert werden, könnten deshalb auch die Konflikte zwischen den internationalen Kräften und den albanischen Akteuren wieder zunehmen. Scharfe Kritik am Ahtisaari-Plan äußerte auf der albanischen Seite der Führer der radikalen „Selbstbestimmungsbewegung“, Albin Kurti. Seine Gruppe machte bisher durch gewaltsame Demonstrationen, die gegen die UNMIK und die Serben gerichtet waren, auf sich aufmerksam. Für Kurti ist der Ahtisaari-Plan nicht annehmbar, weil er für die Serben einen „Staat im Staate“ vorsehen würde. Eine von der Selbstbestimmungsbewegung Mitte Februar 2007 abgehaltene Protestkundgebung gegen die von Ahtisaari vorgeschlagene Autonomie für die Kosovo-Serben eskalierte: Zwei albanische Demonstranten starben in Auseinandersetzungen mit der UNMIK-Polizei.

„Wir werden keinen serbischen Staat innerhalb des kosovarischen Staates akzeptieren“

Radikale kosovarische „Selbstbestimmungsbewegung“ über eine Autonomie für die Kosovo-Serben



Die von UNO-Vermittler Marti Ahtisaari (Mitte) und seinem österreichischen Stellvertreter Albert Rohan (Mitte) geleiteten Wiener Kosovoverhandlungen brachten in wesentlichen Fragen keine Annäherung zwischen Serben und Albanern.

Zentrale Rolle des UNO-Sicherheitsrates

Bei den nach der Veröffentlichung des Ahtisaari-Plans fortgesetzten albanisch-serbischen Direktgesprächen zeichnet sich keine grundsätzliche Annäherung der gegensätzlichen Positionen ab. Für den Fall, dass bei weiteren Verhandlungsrunden im März 2007 Serben und Albaner sich nicht auf gemeinsame Vorschläge zur Änderung seines Plans einigen können, will Ahtisaari diesen in der ursprünglichen Form dem UNO-Sicherheitsrat zur Entscheidung vorlegen. Während die westlichen Unterstützer des Ahtisaari-Vorschlags die skeptischen Vetomächte Russland und China noch von seinen Vorzügen überzeugen wollen, hofft die serbische Regierung auf ein Veto dieser beiden Länder im UNO-Sicherheitsrat. Doch selbst in der EU gibt es insbesondere in den osteuropäischen Mitgliedsländern kritische Stimmen, die sich vermutlich wegen eigener Probleme mit nationalen Minderheiten gegen ein unabhängiges Kosovo aussprechen. Die EU sieht sich deshalb in ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vor die Herausforderung gestellt, in der Frage des zukünftigen Kosovostatus mit einer Stimme zu sprechen. Anderenfalls riskiert sie den Verlust der Glaubwürdigkeit ihrer gemeinsamen Balkanpolitik.

Notwendigkeit der serbisch-albanischen Annäherung

Selbst wenn der Ahtisaari-Plan wegen einer Stimmenthaltung Chinas und Russlands den UNO-Sicherheitsrat passieren sollte, kann er nur mit Leben erfüllt werden, wenn Albaner und Serben kooperieren. Ansonsten könnte sich die Prognose der albanischen Gegner des Plans bewahrheiten, wonach unter internationaler Aufsicht ein formal unabhängiger Staat Kosovo entsteht, der allerdings von einer mit umfangreichen Autonomierechten ausgestatteten serbischen Minderheit aus-

gehöhlt oder sogar mit Waffengewalt bekämpft wird. Um eine solche negative Entwicklung in der Phase nach der Klärung des Kosovostatus zu verhindern, sind internationale Anstrengungen, die Serben zumindest zu einem Kurs der „konstruktiven Ablehnung“ des Kosovoplaus zu bewegen, von großer politischer Bedeutung. In diesem wahrscheinlich positivsten aller realen Szenarien würde die serbische Regierung zwar kurz- bis mittelfristig nicht die Unabhängigkeit Kosovos anerkennen, jedoch in jenen Bereichen, in denen es gemeinsame serbische und albanische Interessen gibt, mit der zukünftigen EU-Mission und den Kosovo-Institutionen zusammenarbeiten.

Regionale Auswirkungen der Kosovolösung

Beobachter der sicherheitspolitischen Entwicklung auf dem Balkan sind sich über die Auswirkungen einer formellen Unabhängigkeit des Kosovo auf andere sensible Gebiete in der Region uneinig. Während die einen Kosovo als Spezialfall betrachten, der nicht notwendigerweise die Stabilität der Nachbargebiete negativ beeinflussen muss, heben andere die möglichen Gefahren für die territoriale Integrität Bosniens und Herzegowinas sowie Mazedoniens hervor. Letztere weisen vor allem auf die Existenz separatistischer Gruppen in beiden Ländern hin, die ihre secessionistische Politik mit dem Präzedenzfall Kosovo rechtfertigen könnten. Manche Analytiker befürchten sogar Dominoeffekte auf gesamteuropäischer und globaler Ebene – der Kosovo könne gleichsam Katalysator für die Sezessionswünsche unzufriedener Minderheiten überall auf der Welt werden. Manche dieser Befürchtungen erscheinen übertrieben. Unzweifelhaft ist allerdings, dass die Klarstellung des

15°

18°

21°

Österreich

Westbalkan

Länderdaten und internationale Missionen

Der Westbalkan

- Hauptstädte
- Internationaler Grenzverlauf
- Innerstaatliche Republiks- und Entitätsgrenze
- UN-Protektorat Kosovo

Slowenien

Ljubljana

Zagreb

OSCE

Kroatien

Ungarn

Vojvodina

Rumänien

Republika Srpska
Bosnien und Herzegowina

Brčko

Belgrad



Bosniakisch-kroatische
Föderation

Sarajevo

Serbien

OSCE

Montenegro

OSCE

Podgorica

Kosovo

OSCE

Pristina



Skopje

Mazedonien
FYROM

OSCE

Albanien

Tirana

OSCE

Griechenland

Bulgarien

Meer

Adriatisches



Office of the High Representative
for BiH



EU Police Mission, EUPM



EU Force in Bosnia and Herzegovina, EUFOR



Kosovo Force
(NATO-Kommando)



Organization for Security and
Co-operation in Europe



United Nations Interim
Administration Mission in Kosovo

Fakten auf einen Blick

KROATIEN

Bevölkerung: 4,4 Mio. (davon 4,5% Serben, Volkszählung 2001)
Fläche: 56.542 km² (Land), 31.067 km² (Territorialgewässer)
Politisches System: Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident: Stjepan Mesić
Ministerpräsident: Ivo Sanader
BIP*: € 22,9 Mrd. (2005)
BIP* pro Kopf: € 11.450 (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 844 (2005)
Off. Arbeitslosenrate: 12,5% (2006)
Präsenz int. Organisationen: OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO: Stabilisierungs- u. Assoziierungsabkommen mit der EU (Oktober 2001), EU-Beitrittskandidat (seit Juni 2004), Beitritt zur NATO-PfP** (Mai 2000), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“
Wirtschaftsdaten: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche



BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Bevölkerung: ca. 3,8 Mio. (Schätzung); muslimische Bosniaken, Serben, Kroaten sowie ethnische Minderheiten
Fläche: 51.129 km²
Politisches System: Parlamentarische Demokratie, umfangreiche Kompetenzen des Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft (Christian Schwarz-Schilling), 2 Entitäten, Distrikt Brčko
Staatspräsident: Nebojša Radmanović, Haris Silajdžić, Željko Komšić
Ministerpräsident: Nikola Špirić
BIP*: € 9,87 Mrd. (2005)
BIP* pro Kopf: € 6.150 (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 408 (2005)
Off. Arbeitslosenrate: 44,2% (2005)
Präsenz int. Organisationen und Friedenstruppen: EU-Militärmission EUFOR/Althea (ca. 6.000 Soldaten, Reduktion geplant), EU-Polizeimission (ca. 200 Exekutivbeamte), OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO: Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, Beitritt zur NATO-PfP** (Dezember 2006)



SERBIEN

Bevölkerung: 7,5 Mio. (ohne Kosovo)
Fläche: 88.361 km²
Politisches System: Parlamentarische Demokratie; autonome Gebiete Vojvodina und Kosovo
Staatspräsident: Boris Tadić
Ministerpräsident: Vojislav Koštunica
BIP*: € 21,1 Mrd. (2005)
BIP* pro Kopf: € 6.690 (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 308 (2005)
Off. Arbeitslosenrate: 21% (2005)
Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen: OSZE-Mission, KFOR (siehe Kosovo)
Stand der Integration in EU und NATO: Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, Beitritt zur NATO-PfP** (Dezember 2006)



MONTENEGRO

Bevölkerung: 620.000 (bosniakische, albanische und kroatische Minderheit)
Fläche: 13.812 km²
Politisches System: Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident: Filip Vujanović
Ministerpräsident: Željko Šturanović
BIP*: € 1,7 Mrd. (2005)
BIP* pro Kopf: € 5.650 (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 326 (2005)
Off. Arbeitslosenrate: 30% (2005)
Präsenz internationaler Organisationen: OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO: Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, Beitritt zur NATO-PfP** (Dezember 2006)



KOSOVO

Bevölkerung: 1,9 Mio. (davon 90% Albaner, 6-7% Serben, 3-4% andere ethnische Gruppen)
Fläche: 10.887 km² (ca. Fläche Oberösterreichs)
Politisches System: Im Rahmen des UNO-Protokolls parlamentarische Demokratie
Spezieller Repräsentant des UNO-Generalsekretärs: Joachim Rücker
Präsident: Fatmir Sejdiu
Ministerpräsident: Agim Çeku
BIP*: € 2,2 Mrd. (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 218 (2004)
Off. Arbeitslosenrate: bis zu 50% (2006)
Präsenz internationaler Organisationen und Friedenstruppen: UNO-Übergangsverwaltung UNMIK unter Einschluss von EU und OSZE (Ablösung der UNMIK durch neue EU-Mission geplant), NATO-geführte Kosovo Force (zurzeit ca. 16.500 Militärfunktionen)
Wirtschaftsdaten: UNMIK



ALBANIEN

Bevölkerung: 3,1 Mio.
Fläche: 28.748 km²
Politisches System: Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident: Alfred Moisiu
Ministerpräsident: Sali Berisha
BIP*: € 6,6 Mrd. (2005)
BIP* pro Kopf: € 4.420 (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 216 (2005)
Off. Arbeitslosenrate: 14,2% (2005)
Präsenz internationaler Organisationen: OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO: Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (Juni 2006), Beitritt zur NATO-PfP** (Februar 1994), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“



MAZEDONIEN / FYROM

Bevölkerung: 2 Mio. (davon 64% ethnische Mazedonier, 25% Albaner; serbische, türkische und Roma-Minderheit)
Fläche: 25.333 km²
Politisches System: Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident: Branko Crvenkovski
Ministerpräsident: Nikola Gruevski
BIP*: € 4,6 Mrd. (2005)
BIP* pro Kopf: € 6.110 (2005)
Durchs. Monatseinkommen: € 348 (2005)
Off. Arbeitslosenrate: 37% (2005)
Präsenz internationaler Organisationen: OSZE-Mission
Stand der Integration in EU und NATO: Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (April 2001), EU-Beitrittskandidat (seit Dezember 2005), Beitritt zur NATO-PfP** (November 1995), NATO-Beitrittsverhandlungen im Rahmen des „Membership Action Plan“



Kosovostatus Auswirkungen auf den Stabilisierungsprozess in den Nachbarländern haben wird.

Mehr Stabilität für Mazedonien

Sollte tatsächlich von der internationalen Gemeinschaft die Entwicklung Kosovos hin zu einem unabhängigen Staat unterstützt werden, könnte sich dies entgegen der allgemeinen Erwartungshaltung sogar positiv auf die Stabilität Mazedoniens auswirken.

Die Stabilität des mazedonischen Staates wird noch immer sehr stark von den Spätfolgen der bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Frühjahr 2001 beeinträchtigt. Zu dieser Zeit griff die albanische Guerilla UÇK die mazedonischen Sicherheitskräfte an und konnte die Kontrolle über Teile des mehrheitlich von ethnischen Albanern bewohnten Nordwesten Mazedoniens erringen. Das unter Vermittlung der EU, der NATO und der OSZE im August 2001 ausgehandelte mazedonisch-albanische Rahmenabkommen von Ohrid verringerte die Spannungen zwischen Albanern und ethnischen Mazedoniern. Den Albanern (25% der Gesamtbevölkerung) und anderen nationalen Minderheiten wurden umfangreiche Selbstverwaltungsrechte sowie eine höhere Repräsentanz in den Staatsorganen zugesagt.

Trotz dieser mazedonischen Zugeständnisse setzen albanische Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, weiterhin auf eine nationalistische Politik, um ihren Einfluss auf die lokalen albanischen Strukturen nicht zu verlieren. Der benachbarte Kosovo mit seinem unregelmäßigen Status und seinen teilweise auch nicht klar geregelten Grenzen zu den Nachbarländern war bisher ein idealer Anknüpfungspunkt für großalbanische Ideen. Ein formell unabhängiger Kosovo ist gemäß dem Ahtisaari-Plan nur möglich, wenn die Ko-

sovoregierung die territoriale Integrität der Nachbarn anerkennt und durch entsprechende Maßnahmen die Aktivitäten extremistischer Kräfte, die dem zuwiderlaufen, unterbindet.

Hält sich die Kosovoregierung an diese Vorgaben – und etwas anderes wird ihr im Falle der „überwachten Unabhängigkeit“ auch nicht übrig bleiben – könnte das die Extremisten unter den Albanern in Mazedonien schwächen und den mazedonischen Staat stärken. So sieht es zumindest die mazedonische Regierung. Sie war bisher immer bemüht, mit den Regierungen in Belgrad und Priština gute Beziehungen zu pflegen. Ihre Erklärungen zum zukünftigen Kosovostatus waren daher immer sehr vorsichtig gehalten. Etwas überraschend fiel deshalb die eindeutige Begrüßung des Ahtisaari-Plans durch Ministerpräsident Nikola Gruevski aus, der dafür großes Lob von den albanischen Politikern in Mazedonien und im Kosovo erhielt. Die mazedonische Regierung hat so die innere Stabilität erhöht und nimmt dafür anscheinend eine atmosphärische Verschlechterung in den Beziehungen zu Serbien in Kauf.

Unsicherheit in Bosnien und Herzegowina

Auf internationaler Seite sowie bei bosniakischen und kroatischen Politikern in Bosnien und Herzegowina besteht die Sorge, dass vom serbisch dominierten Staatsteil, der Republika Srpska, unter Berufung auf die mögliche Unabhängigkeit des Kosovo neue separatistische Bestrebungen ausgehen könnten. Entsprechende Vorstöße in diese Richtung hat es Ende 2006 von Seiten des Ministerpräsidenten der serbischen Entität, Milorad Dodik, bereits gegeben. Er hatte mit einem Verweis auf das montenegrinische Referendum, aber auch auf die Entwicklung im Kosovo für die Republika Srpska das Recht eingefordert, ein Plebiszit zur Frage der staatlichen Unabhängigkeit abhalten zu können. Sein Argument dafür lautet sinngemäß, dass im Falle der Gründung eines zweiten albanischen Staates auch die Schaffung eines zweiten serbischen Staates auf dem Balkan denkbar sein müsse. Die internationale Gemeinschaft, die in Bosnien und Herzegowina durch ihren Hohen Repräsentanten Christian Schwarz-Schilling über umfangreiche Eingriffsmöglichkeiten im exekutiven und legislativen Bereich, die so genannten „Bonn Powers“, verfügt, hatte die Forderung Dodiks unter Berufung auf das Dayton-Abkommen energisch zurückgewiesen. Dieses im November 1995 von den Konfliktparteien unterzeichnete Friedensabkommen garantiert die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina. Es sieht aber auch vor, dass unter der Ebene des Gesamtstaates zwei Entitäten, die Repu-



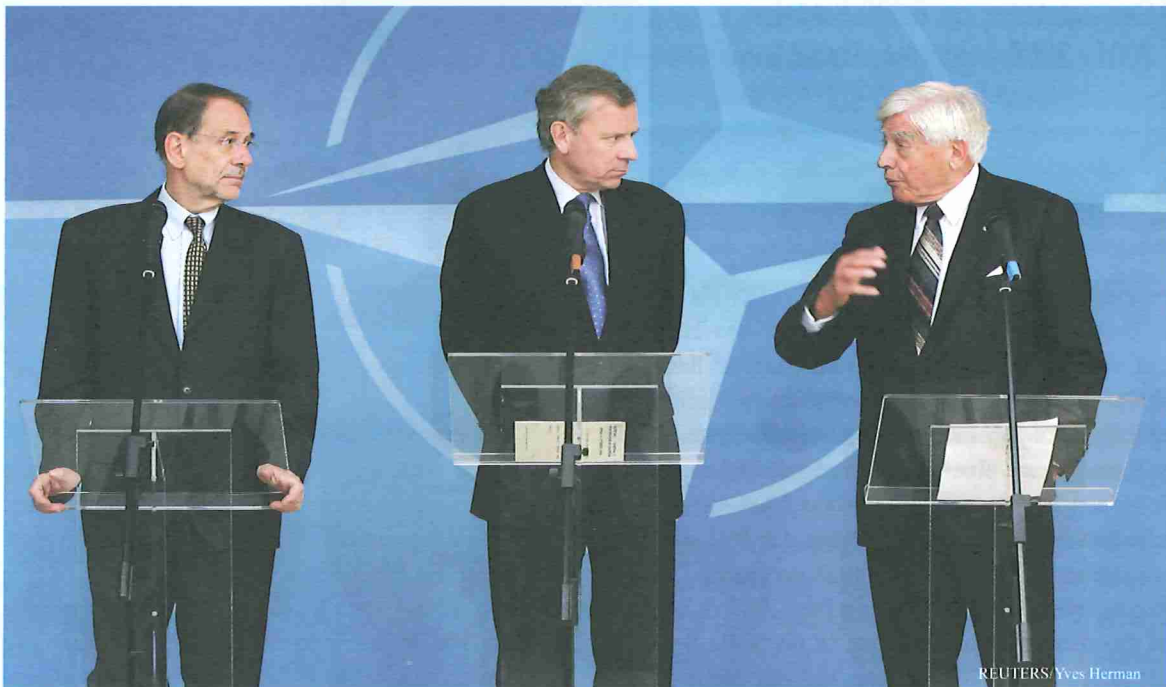
Der Ministerpräsident der serbischen Entität, Milorad Dodik, hat mit einem Referendum über die staatliche Unabhängigkeit der Republika Srpska gedroht.

blika Srpska und die bosniakisch-kroatische Föderation, bestehen sollen. Die im Dayton-Abkommen ungelöste Frage, zu welcher Entität die im Krieg heftig umkämpfte nordbosnische Stadt Brčko gehören soll, wurde 1999 durch die Gründung eines multiethnischen Distrikts Brčko als drittem Staatsteil gelöst.

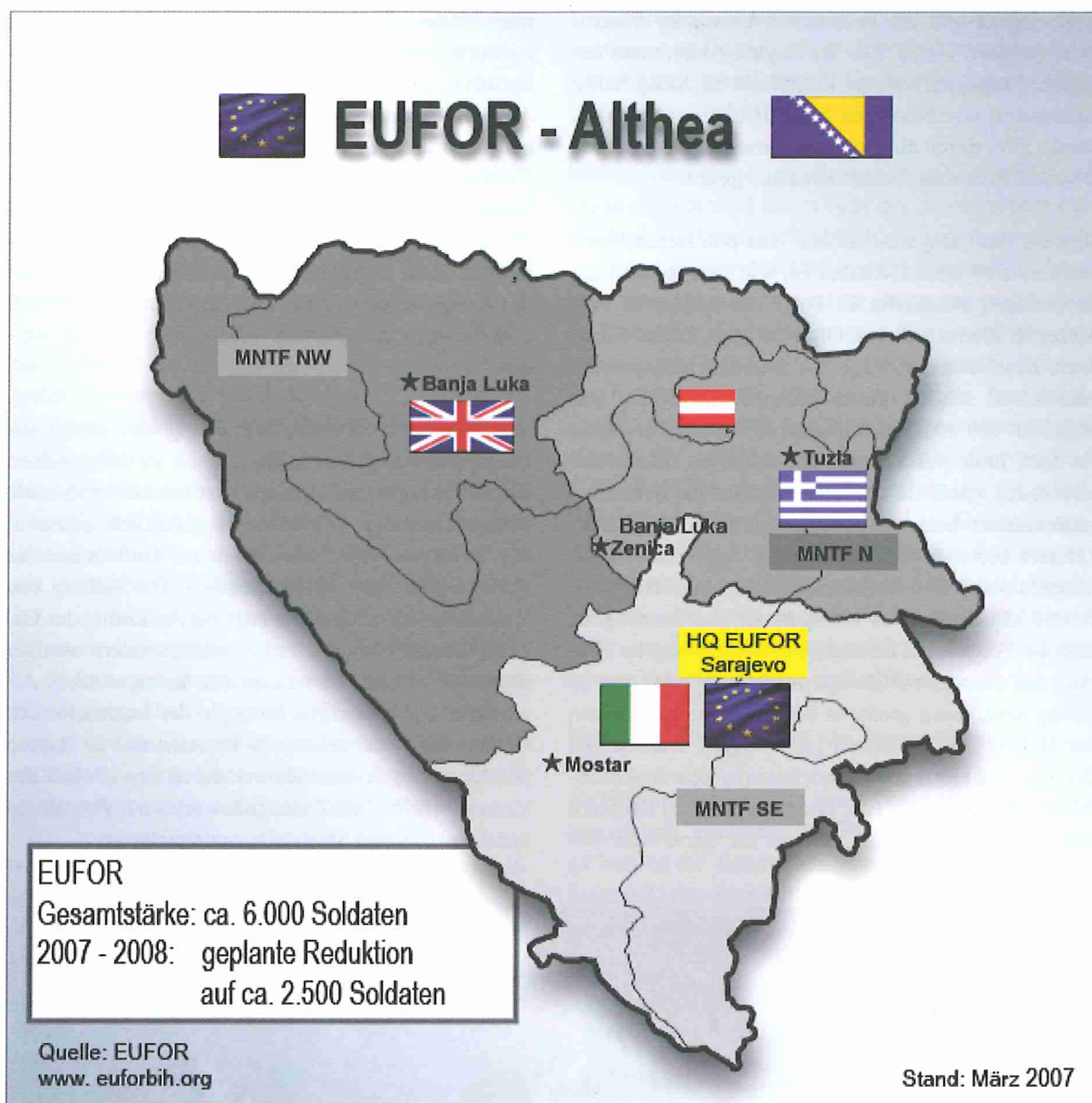
Obwohl das „Dayton-Bosnien“ ein politischer Kompromiss mit vielen Defiziten ist, wie sich etwa an der ausufernden Bürokratie als Folge des nationalen Proporz in allen staatlichen Organen zeigt, konnten dennoch beachtliche Erfolge im Stabilisierungsprozess verzeichnet werden. Dazu zählen die Rückkehr von ungefähr 450.000 Flüchtlingen in Gebiete, in denen sie nach Ende des Krieges eine nationale Minderheit bilden, ein einheitliches Zollwesen und die Schaffung gemeinsamer bosnisch-herzegowinischer Streitkräfte. Letztere bestehen seit Jänner 2006 und werden nach Abschluss des Reformprozesses über eine Stärke von 10.000 Militärfürpersonen verfügen. Kritiker bemängeln, dass die Fortschritte im Stabilisierungsprozess im Hinblick auf die schon elfjährige internationale Präsenz zu gering sind, diese großteils nur mit den Vollmachten der Hohen Repräsentanten „erzwungen“ wurden und Bosnien und Herzegowina noch immer kein funktionsfähiger Staat sei. Die eine Gruppe unter den Kritikern zieht daraus den Schluss, dass es im Sinne einer sta-

bilen Lösung besser wäre, Bosnien und Herzegowina territorial aufzuteilen. Der „kroatische“ Teil solle sich Kroatien und der „serbische“ Serbien anschließen. Aus den bosniakisch dominierten Gebieten sollte ein neuer bosnischer Staat geschaffen werden. Die andere Gruppe der Kritiker des real existierenden bosnisch-herzegowinischen Staates schlägt genau das Gegenteil vor: Um einen funktionsfähigen bosnisch-herzegowinischen Staat sicherzustellen, müssten die als Folge des Krieges entstandenen Entitäten zuerst abgeschafft und die gesamtstaatlichen Institutionen gestärkt werden.

Aus einer realistischen Beurteilung des Stabilisierungsprozesses auf dem Westbalkan im Allgemeinen und in Bosnien und Herzegowina konkret sind beide zuvor skizzierten Optionen als gefährlich einzustufen. In beiden Fällen wäre ein neues Aufflammen des Nationalismus sehr wahrscheinlich. Die Teilung von Bosnien und Herzegowina oder die Auflösung der Entitäten würde vermutlich nicht mehr, sondern weniger Stabilität bringen. Es scheint also keine wirklich Alternative zur bisherigen Strategie der internationalen Gemeinschaft zu geben, im Rahmen der in Dayton beschlossenen Staatsstrukturen durch eine „Politik der kleinen Schritte“ ein Zusammenwachsen der bosnisch-herzegowinischen Staatsteile zu unterstützen.



Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling (rechts), sprach sich wegen der noch „unbeständigen regionalen Situation“ gegenüber den EU- und NATO-Repräsentanten Javier Solana (links) und Jaap de Hoop Scheffer (Mitte) für die Verlängerung seiner Vollmachten aus.



Der *Peace Implementation Council* (PIC) als das für den Stabilisierungsprozess in Bosnien und Herzegowina verantwortliche Koordinierungsorgan hat Ende Februar 2007 wegen der separatistischen Signale aus der Republika Srpska und wegen der Entwicklung in der Kosovofrage eine Verlängerung der Bonn Powers des Hohen Repräsentanten bis Juni 2008 als eine Art Sicherheitsnetz beschlossen. Pläne des PIC aus dem vergangenen Jahr hatten eigentlich vorgesehen, das de facto bestehende Protektorat mit Juni 2007 zu beenden und Bosnien und Herzegowina in die volle Souveränität zu entlassen. Mittelfristig soll der Hohe Repräsentant aber seine Vollmachten aufgeben und seine zweite Rolle als EU Special Representative stärker zum Tragen kommen. Noch ausstehende Reformen wie die Schaffung eines gemeinsamen Polizeiwesens

EUFOR - Mission

The key objectives of ALTHEA are:

- To provide deterrence and continued compliance with the responsibility to fulfil the role specified in Annexes 1A and 2 of the Dayton/Paris Agreement (General Framework Agreement for Peace in BiH); and
- To contribute to a safe and secure environment in BiH, in line with its mandate, and to achieve core tasks in the OHR's Mission Implementation Plan and the Stabilisation and Association Process (SAP).

Quelle: www.euforbih.org

oder die Beschließung einer neuen Verfassung Bosnien und Herzegowinas sollen dementsprechend nicht mehr durch externen Druck, sondern durch Anreize im EU-Integrationsprozess vorangetrieben werden.

Integrationschance für „unvollkommene“ Balkan-Staaten

Die EU leistet im Rahmen der ESVP gemeinsam mit UNO, OSZE und NATO in den Friedensmissionen auf dem Balkan einen sehr wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung der Sicherheitslage. So trägt die EU seit Dezember 2004 Verantwortung für die militärische Stabilisierungsmission „Althea“ in Bosnien und Herzegowina. Die dort stationierte EUFOR-Truppe, die derzeit noch eine Gesamtstärke von ca. 6.000 Soldaten hat, soll 2007/08 auf etwa 2.500 Personen reduziert werden. Bereits seit Jänner 2003 leitet die EU eine Polizeimission in Bosnien und Herzegowina. Die 200 EU-Polizisten der European Police Mission (EUPM) unterstützen die lokalen Behörden beim Aufbau einer multiethnischen Polizei sowie beim Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. EU-Polizeimissionen mit ähnlichen Aufgaben gab es zwischen Dezember 2003 und Juni 2006 unter den Namen „EUPOL Proxima“ und „European Union Police Advisory Team“ (EUPAT) auch in Mazedonien.

Das Herzstück des EU-Engagements auf dem westlichen Balkan sind aber zweifellos der Assoziierungsprozess und die Heranführungsstrategie für die Länder der Region. Mit der im Juni 2000 beim EU-Gipfel von Feira (Portugal) erstmals eröffneten Beitrittsoption, die beim EU-Gipfel von Thessaloniki (Juni 2003) und bei späteren EU-Treffen bekräftigt wurde, ließen sich Interessensübereinstimmungen zwischen den ehemaligen Konfliktparteien herbeiführen. Mit der Beitrittsperspektive gelang es der EU, die regionale Kooperation und den Demokratisierungsprozess in den einzelnen Balkanländern trotz noch bestehender Schwierigkeiten zu fördern. Die Integrationsfortschritte sind allerdings sehr unterschiedlich: Während Kroatien und Mazedonien schon einen EU-Kandidatenstatus haben und ersterer seit einem Jahr intensive Beitrittsverhandlungen mit der EU führt, Albanien zumindest schon ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU unterzeichnet hat und damit die formalen Voraussetzungen für den Kandidatenstatus erfüllt, müssen sich Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina noch um ein SAA bemühen. Im Falle Serbiens stellt die ungenügende Zusammenarbeit der Belgrader

Regierung mit dem ICTY das Haupthindernis auf dem Weg in die EU dar. Der Kosovo wiederum kann erst nach einer Klarstellung seines politischen Status mit Integrationsbemühungen beginnen.

„Wir werden die Lebensqualität unserer Bürger verbessern, wenn wir zwei strategische Ziele umsetzen: Das eine ist der NATO-Beitritt und das zweite die Mitgliedschaft in der EU“

Der kroatische Präsident Stjepan Mesić bei einem Besuch bei der NATO im Dezember 2006

Der noch nicht abgeschlossene Staatenbildungsprozess im Kosovo sowie die „unvollkommenen“ staatlichen Strukturen in Bosnien und Herzegowina sowie auch in Mazedonien können den Frieden in der Region noch immer gefährden. Eine klare EU-Beitrittsperspektive bleibt deshalb eine Grundvoraussetzung dafür, dass der Westbalkan nicht wieder in die nationalistische Stimmung der neunziger Jahre zurückfällt. Den „Wettlauf“ mit der US-dominierten NATO um die Integration der Westbalkanländer hat die EU wahrscheinlich schon verloren. Allerdings sind die politischen, rechtlichen und ökonomischen Folgen eines EU-Beitritts sehr viel umfangreicher als es beim Beitritt zur NATO der Fall ist. Während sich insbesondere bei einem Teil der alten EU-Mitglieder nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Union 2007 eine Erweiterungsmüdigkeit breit macht, hat die NATO bei ihrem letzten Gipfel im lettischen Riga (November 2006) klare Erweiterungssignale an die Westbalkanländer ausgesandt. Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro wurde die Teilnahme am NATO-Kooperationsprogramm Partnership for Peace (PfP) angeboten. Kroatien, Albanien und Mazedonien wurde beim NATO-Gipfel eine Mitgliedschaft im Jahr 2008 in Aussicht gestellt, wenn sie bis dahin die notwendigen Reformen abschließen. Auch wenn es derzeit für viele Bürger und Politiker der EU nur schwer vorstellbar ist, dass die mit Ausnahme von Kroatien in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weit hinter dem EU-Durchschnitt liegenden Westbalkanländer in zehn bis 15 Jahren der EU beitreten werden, gibt es dazu keine wünschenswerte Alternative. Geopolitische und sicherheitspolitische Argumente sprechen für die Fortsetzung der Integrationspolitik, will man denn am wichtigen Ziel der europäischen Friedensunion festhalten.

The Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement

Special Envoy for Kosovo - Mr Martti Ahtisaari

EXECUTIVE SUMMARY

February 2007

I. General

The aim of the Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement is to define the provisions necessary for a future Kosovo that is viable, sustainable and stable. It includes detailed measures to ensure the promotion and protection of the rights of communities and their members, the effective decentralization of government, and the preservation and protection of cultural and religious heritage. In addition, the Settlement prescribes constitutional, economic and security provisions, all of which are aimed at contributing to the development of a multi-ethnic, democratic and prosperous Kosovo. An important element of the Settlement is the mandate provided for a future international civilian and military presence in Kosovo, to supervise implementation of the Settlement and assist the competent Kosovo authorities in ensuring peace and stability throughout Kosovo. The provisions of the Settlement will take precedence over all other legal provisions in Kosovo.

II. Provisions of the Settlement

The Settlement consists of a main body with fourteen articles that form its key principles, and twelve Annexes which elaborate upon these principles:

- Kosovo shall be a **multi-ethnic society**, governing itself **democratically** and with full respect for the **rule of law**, the highest level of internationally recognized **human rights and fundamental freedoms**, and which promotes the peaceful and prosperous existence of all its inhabitants.
- Kosovo shall adopt a Constitution to enshrine such principles. While the Settlement does not prescribe a complete Constitution, it defines key elements that must form part of the Constitution.
- Kosovo shall have the right to negotiate and conclude **international agreements**, including the right to seek membership in **international organizations**.
- The protection and promotion of the rights of members of communities is a central element of the Settlement. The Settlement addresses key aspects to be protected, including culture, language, education, and symbols. It also provides for specific representation mechanisms for Kosovo non-Albanian community members in key public institutions to safeguard and encourage their effective and active participation in public life. To protect the rights of Kosovo non-Albanian communities in the legislative process, the Settlement also provides that certain, enumerated laws may only be enacted if a majority of the Kosovo non-Albanian members of the Kosovo Assembly agree to their adoption.
- The Settlement provides a wide-ranging decentralization proposal, which is extensive in scope and intended to **promote good governance, transparency and effectiveness in public service**. The proposal focuses in particular on the specific needs and concerns of the Kosovo Serb community, which will have a high degree of control over its own affairs. The decentralization elements include, inter alia, new municipal competencies for Kosovo Serb majority municipalities (such as in the areas of secondary health care and higher education); extensive municipal autonomy in financial matters, including the ability to accept transparent funding from Serbia for a broad range of municipal activities and purposes; provisions on inter-municipal partnerships and cross-boundary cooperation with Serbian institutions; and the establishment of six new or significantly expanded Kosovo Serb majority municipalities (Gracanica, Novo Brdo, Klokott, Ranilug, Partes, Mitrovica-North).
- The Settlement also provides for a justice system in Kosovo that is **integrated, independent, professional and impartial**, ensuring access of all persons in Kosovo to justice. It also provides for mechanisms to ensure that the justice system is inclusive, and that its judiciary and prosecution service reflect the multiethnic character of Kosovo.
- The provisions on the protection and promotion of religious and cultural heritage will ensure the

The Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement

unfettered and undisturbed existence and operation of the Serbian Orthodox Church (SOC) in Kosovo. More than forty key religious and cultural sites will be surrounded by Protective Zones to prevent any disruptive commercial and industrial development or construction, and to preserve the cultural dignity of such sites. The Settlement also mandates additional physical security for selected sites. The SOC and its internal organization will be explicitly recognized by the Kosovo authorities, and will be granted inviolability of its property, freedom from taxation and customs duty privileges. The SOC in Kosovo will also be free to maintain links with the SOC in Belgrade.

- **All refugees and internally displaced persons** from Kosovo will have the right to return and reclaim their property and personal possessions. The Settlement also calls upon Kosovo and Serbia to cooperate fully with the International Commission of the Red Cross to resolve the fate of **missing persons**.
- The Settlement includes specific provisions designed to promote and safeguard sustainable economic development in Kosovo. It prescribes transparent procedures to settle disputed property claims and for a continued privatization process, both with substantial international involvement. In addition, the Settlement defines mechanisms to determine Kosovo's share of Serbia's external debt, and to address the issue of property restitution.
- The Settlement also provides for a **professional, multi-ethnic, and democratic Kosovo security sector**, encouraging significant local ownership in its development while retaining a level of international oversight necessary for ultimate success in this sensitive area. The Kosovo Police Force will have a unified chain of command throughout Kosovo, with local police officers reflecting the ethnic composition of the municipality in which they serve. In Kosovo Serb majority municipalities, the Municipal Assembly will have enhanced competencies in the selection of the local Station Commander. A new professional and multi-ethnic Kosovo Security Force (KSF) will be established within one year. It will have a maximum of 2,500 active members

and 800 reserve members. The Settlement stipulates that the current Kosovo Protection Corps (KPC) will be disbanded within one year.

- Recognizing that fulfilling Kosovo's responsibilities under the Settlement will require a wide range of complex and difficult activities, the Settlement provides for a future international presence to supervise and support the relevant efforts of Kosovo's authorities. This presence consists of three principle components:
 - o An International Civilian Representative (ICR), double-hatted as the EU Special Representative, will be appointed by an International Steering Group (ISG) comprising key international stakeholders. The ICR will have ultimate supervisory authority over the implementation of the Settlement. The ICR will have specific powers conferred upon him/her to allow him to take the actions necessary to oversee and ensure successful implementation of the Settlement. These include the authority to annul decisions or laws adopted by Kosovo authorities and sanction or remove public officials whose actions are determined by the ICR to be inconsistent with the letter or spirit of the Settlement. The ICR will also be the final authority in Kosovo regarding the civilian aspects of the Settlement.
 - o A European Security and Defence Policy (ESDP) Mission will monitor, mentor and advise on all areas related to the rule of law. Specifically, it will assist Kosovo in the development of efficient, fair and representative police, judicial, customs and penal institutions, and have the authority to assume other responsibilities to ensure the maintenance and promotion of the rule of law, public order and security.
 - o An NATO-led International Military Presence will provide a safe and secure environment throughout Kosovo, in conjunction with the ICR and in support of Kosovo's institutions until such time as those institutions are capable of assuming the full-range of security responsibilities.

The Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement

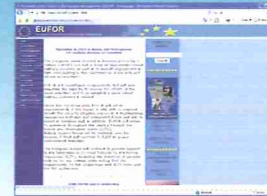
- The OSCE, with an extensive field presence in Kosovo, will be requested to assist in the monitoring necessary for successful implementation of the Settlement.

III. Implementation of the Settlement

- Upon the entry into force of the Settlement, there will be a **120 day transition period**, during which UNMIK's existing mandate will remain unchanged. To ensure immediate supervision over implementation of the Settlement by Kosovo, however, the ICR will possess the authority to monitor such implementation and make recommendations to UNMIK on actions to be taken to ensure compliance.
- During the transition period, the Kosovo Assembly, in consultation with the ICR, will be responsible for **approving a Constitution and the legislation necessary for the implementation of the Settlement**. The new Constitution and legislation will become effective immediately upon the conclusion of the transition period.
- At the end of the transition period, UNMIK's mandate will expire and **all legislative and executive authority** vested in UNMIK will be **transferred en bloc to the authorities of Kosovo**, in accordance with the Settlement.
- Within nine months of the entry into force of the Settlement, **general and local elections** are to be held.
- The mandate of the ICR will continue **until the ISG determines that Kosovo has implemented** the terms of the Settlement.

INTERNET-LINKS

European Union Force in Bosnia and Herzegovina



www.euforbih.org

Office of the High Representative in Bosnia and Herzegovina



www.ohr.int

United Nations Interim Administration Mission in Kosovo



www.unmikonline.org

Office of the Special Envoy of the Secretary-general of the United Nations for the future status process for Kosovo



www.unosek.org

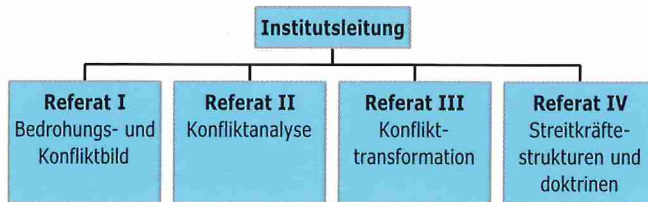
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Wer sind wir?

Das **Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)** wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- ° Beiträge zur Politikberatung,
- ° Forschung und Lehre,
- ° Öffentlichkeitsarbeit.

Referate im Überblick:



Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Nachbereitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

Streitkräftestrukturen und – Doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

Was bieten wir?

Publikationen (Auszug)

- Internationales Konfliktmanagement im Fokus – Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich
- Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan – Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand
- Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova) – Analyse und Dokumente
- EU als Krisenmanager: Herausforderungen – Akteure – Instrumente
- Transatlantische Beziehungen im Wandel – Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika
- Transatlantische Beziehungen im Wandel: Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika
- Die Zukunft von Bosnien und Herzegowina
- Neutralität und Europäische Integration: Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich
- Bosnien und Herzegowina: Europas Balkanpolitik auf dem Prüfstand
- Islam, Islamismus und islamischer Extremismus: Eine Einführung
- From Revolution to Reform: Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform
- Krisenherd Nordafrika: Internationale oder afrikanische Verantwortung?
- Transforming National Armed Forces in South East Europe - From the Social to the Military Challenge
- Facing the Terrorist Challenge - Central Asia's Role in Regional and International Co-operation
- Through Economy to Democracy and Security? An Integrated Approach to Stability in South East European in South East Europe at a Crossroads

IFK aktuell: Informationsbroschüre, welche Krisen und Konflikte beleuchtet, die auch Auswirkungen auf Österreich haben können.

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt

verantwortlich:

Brigadier Dr. Walter Feichtinger



Institut für
Friedenssicherung und
Konfliktmanagement

Gestaltung & Layout:

Medienstelle der LVAK, Wien
Martin Hofstädter
Florian Gaberszig
Alexander Schindler
Roland Schütz

Herstellung:

BMLV / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien - R633
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autor:



Mag. Predrag Jureković

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referates „Konfliktanalyse“ im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie; zahlreiche Veröffentlichungen zum Konfliktverlauf und Stabilisierungsprozess in Südosteuropa.

